

Entente usw. Ist vor allem aber gestützt durch die französische Armee, durch die schwarzen und gelben Soldaten am Rhein.

Der endgültige Besitz, die endgültige Befreiung des Rheins- und Ruhrgebietes würde Frankreich die militärische und wirtschaftliche Herrschaft über Europa sichern. Es überläßt sich, auf das Schicksal des deutschen Volkes hinzuweisen. Mindestens 20 Millionen werden zu Tode. Dessen müssen wir uns in diesen Tagen der Entscheidung bewußt sein. Wir kämpfen einen Kampf um Leben und Tod.

Die deutschen Vertreter vor der Reparationskommission.

Paris, 9. Januar. Zu der Reparationskommission kam am Montag in der Kohlenlieferungsfrage der deutsche Vertreter, Staatssekretär Fischer, Präsident der Kriegsschadenskommission, zu Worte. Fischer legte dar, daß es sich bei den Beschwerden der Reparationskommission bei den angeblichen Lieferungsverweigerungen nur um verhältnismäßig geringe Mengen handele. Deutschland habe an Kohle 1.800.000 Tonnen, an Eisen 1.800.000 Tonnen, an Kupfer 1.800.000 Tonnen monatlich für 1920/21 geliefert. Die Reparationskommission pro Monat 1.960.000 Tonnen und überdies 125.000 Tonnen obererleihe Kohle forderte. Nach Fischer kam, Herr Wallinrath, Vertreter der Reichskohlenkommission, zu Worte. Daran wurde die Sitzung abgebrochen, da der Chef des deutschen Stabes, Hauptmann Mühlstein, nach nicht in Paris eingetroffen war. Der Stab wird in der am Dienstag Vormittag beginnenden Sitzung das Wort ergreifen. Die heutige Sitzung wird nach wie vor die deutsche Forderung der Reparationskommission über die von Frankreich geforderte Feststellung der abzufälligen Verweigerungen nach im Laufe des heutigen Tages gefüllt werden.

Die deutsche Antwort auf die „abfällige Vernehmung“.

Berlin, 9. Januar. Die französische Presse veröffentlichte eine Deutliche, die den Franzosen die deutschen Sachlieferungen, die den Nachweis erbringen sollte, daß Deutschland bei der Lieferung von Kohle, Holz, Plastersteinen, Schotter und Stroh und in der Beschaffung der für die Truppen des Reiches benötigten abfälligen Verweigerungen habe aufhalten können lassen. Den Behauptungen ist bezüglich der Kohlenlieferungen bereits in einer ausführlichen Veröffentlichung entgegengetreten worden. Auch bezüglich der übrigen Sachlieferungen wird jetzt von deutscher Seite durch detaillierte Darstellung des Sachverhalts der Nachweis erbracht, daß die französische Deutlichkeit in jedem Fall eine abfällige Vernehmung Deutschlands fälschlich enthält. Die deutsche Forderung kommt zusammenfassend zu folgendem Ergebnis:

Es wird angegeben, daß die deutsche Regierung, die ihr seitens der Reparationskommission auferlegten Verpflichtungen auf den Gebieten der Holz-, Kohlen- und Plastersteinlieferungen nicht in vollem Umfang erfüllt hat, trotzdem die sämtlichen erforderten Quantitäten von Anfang an den besten Willen gehabt und ihn auch in allen Stadien der Durchführung immer wieder an den Tag gelegt haben, die Lieferungen bis zur Grenze des Möglichen auszuführen, auch wenn dadurch der deutschen Wirtschaft unersetzlich erscheinende Kosten aufzubringen wurden. Das teilweise Verlangen der Bestimmungen ist darauf zurückzuführen, daß diese Forderungen von vornherein die Zahlungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weit übersteigen, weil die deutsche Regierung es sich nicht hat anmaßen lassen, die Forderungen zu erfüllen. Die Forderung wurde auf Grund eigener Erkenntnis der Reparationskommission von einer Menge von 1.600 Tonnen monatlich auf 7500 Tonnen ab 1. August 22 herabgesetzt. Die geleistete monatliche Durchschnittsmenge betrug etwa 7000 Tonnen, die Strecke, Transportmöglichkeiten und andere nicht von der deutschen Regierung zu vertretende Umstände und nicht zum wenigsten vertraglich festzulegende französische Dienststellen die Lieferungen gehemmt haben. Von einem Verstoß oder gar einer abfälligen Vernehmung der deutschen Regierung kann hiernach nicht im entferntesten die Rede sein. Bei den Sachlieferungen und dem in der Truppenfrage handelt es sich um Verhandlungen, bei denen die deutsche Regierung vollkommen korrekt verfahren ist. Eine Vernehmung gegen Bestimmungen des Friedensvertrages kann unzulässiger in Frage kommen, als eine Vernehmung gegen Bestimmungen des Einverständlichen, die überhaupt nicht vorlag. Das Stimmensüberabstimmung, dessen angebliche Nichterfüllung der deutschen Regierung zur Last gelegt wird, ist ein reiner Privatvertrag, dessen Ausführung allein den beiden Vertragspartnern überlassen und bestimmt durch die Bestimmungen des Einverständlichen geregelt werden soll. Im übrigen hat dieses Abkommen bisher nicht verletzt, sondern die praktischen Ergebnisse erzielt, die bis hierher in dem kurzen Zeitraum seiner Geltung erwarten liegen. Daß man es im Rahmen der Deutlichkeit zur Feststellung eines Verstoßes der deutschen Regierung mit heranzieht, ist nur ein Beweis dafür, wie wenig tatsächliches Material der französischen Regierung für ihre Behauptungen zur Verfügung steht.

Bevorstehende neue Erklärungen Amerikas.

Paris, 9. Januar. Die Londoner Mitteilungen, daß die Amerikaner den Rhein verlassen würden, wenn die Deutschen den Marsch in das Ruhrgebiet beginnen, ist dementsprechend. Dagegen werden „Echo de Paris“ und andere deutsche Zeitungen über ein Abkommen in Washington berichtet wurde und in wenigen Tagen veröffentlicht werden soll. Die Regierung der Vereinigten Staaten will angeblich nur einmal die Grundzüge für die wirtschaftliche Rettung Europas auslegen. Außerdem soll eine Erklärung über ein Abkommen in Washington von der Senat, um dem Präsidenten in der Angelegenheit der Rheintruppen die Hände zu binden, eine Zustimmung in das Heeresbudget einfließen, wonach die Verwendung von Regierungsgeldern zur Aufrechterhaltung amerikanischer Truppen im Rheinland verboten werden soll. Die französische Aktion wird vermutlich nicht mehr aufhalten werden durch das Bekanntwerden neuer amerikanischer Pläne.

Nach Washingtoner Meldungen will die Regierung der Vereinigten Staaten die Reparationsfrage, in der ihre Grundzüge aber die Reparationsfrage für den Rhein gebildet werden: 1. Revision der Reparationsfrage von praktischen Gesichtspunkten aus. 2. Möglichst baldige Zahlung der Reparationen in bar an die Alliierten mit Hilfe einer in Paris zu errichtenden Anleihebank. 3. Voraussetzung, daß die Gesamtsumme der Reparationen

tionen verringert wird. 3. Verringerung der Landeskreiskräfte Frankreichs.

Unter den angegebenen Bedingungen wollen die Vereinigten Staaten auf zehn Jahre die Reparationszahlungen übernehmen und die Zahlungen der Zinsen der ihnen von den europäischen Staaten geschuldeten Summe funden.

Der Konflikt in Lausanne.

Lausanne, 8. Januar. Das ostentative Verhalten der letzten Sitzung der Winderheiten-Kommission durch den türkischen Delegierten Niza Nuri Bey hat die Mächte veranlaßt, eine Note an Ismed Pascha zu senden, in der sie um Aufschub über dieses Verhalten bitten.

Ismed Pascha erklärt, daß er das Verhalten des türkischen Ministers Niza Nuri Bey vollständig billigt und durch seine Autorität decken müsse. Nach vor ihrer Ankunft in Lausanne habe die türkische Delegation die Großmächte verständigt, daß sie von einer armenischen Heimstätte nichts wissen wolle; diese Frage gelte daher nicht in das Programm der Konferenz. Die Großmächte hätten die Armenier gegen die Türkei aufgehetzt und fänden sich jetzt moralisch verpflichtet, etwas für die Armenier zu tun. Aber das gelte die Türkei nicht das Gegenstand. Die Großmächte hätten freie Hand, den Armeniern auf ihrem eigenen Territorium eine Heimstätte zu geben. Für die Türkei sei die Frage erledigt. Minister Niza Nuri Bey sei deshalb durchaus berechtigt gewesen, den Saal zu verlassen, und wenn überhaupt irgend jemand ein Wortwort gemacht werden könne, dann nur ausschließlich den Großmächten selbst.

Trotz diesem scharfem Ton Ismed Paschas herrscht in Lausanne auf englischer Seite merkwürdiger Optimismus. Dies erklärt sich vielleicht daraus, daß die wichtigste Frage, das Mossioprogramm jetzt in London geregelt werden soll. Die Türken haben seit einigen Tagen abgesehen wollen, daß sie von irgendwelchen Verhandlungen in London etwas wüßten, aber heute gehen sie ein, daß der türkische Sachverständige Ahmed Nuhdar Bey in London eingetroffen ist und an den Beratungen über die Mossioprogramm teilnimmt. Die Franzosen haben es verstanden, durch den Abbruch der Pariser Konferenz sämtliche anderen Delegationen gegen sich aufzubringen. Die Russen werden wegen ihrer Völker-Friedenspolitik jetzt vielfach unterdrückt. Man hört deshalb, daß Barreere dringen um neue Instruktionen gebeten hat. Er soll vorgeschlagen haben, daß Frankreich in der Meerengenfrage den Türken entgegenkommt, im übrigen aber den englischen Standpunkt teilen soll.

Mißglückter Flugversuch des Radschneiders Lejona.

Küfria, 9. Januar. Wie das „Nacht-Über-Abendblatt“ meldet, hat der Mathematikprofessor Lejona gemeinsam mit einem früheren Fliegeroffizier Schauer einen Flugversuch aus der Höhe anfangs Sonntag gemacht, der im letzten Augenblick durch ein Versehen wurde, daß andere Inhaberte, der Strafstation, denen Lejona unvorsichtigerweise Mitteilungen gemacht hatte, die Vorhaben verriet. Die von der Strafstation eingeleiteten Ermittlungen führten zur Verhaftung von zwei Gefängnisinsassen, die nach befristeter Erläuterung. Von Berliner zentraler Stelle wird demselben Blatte mitgeteilt, daß über einen missglückten Flugversuch Lejonas nichts bekannt sei. Nichts sei nur, daß Lejona tatsächlich sich in der Strafstation in Sonnenburg befindet.

Die Dynamitaffäre in Halle.

Zu den Verhaftungen in der Sprengstoffaffäre wird amtlich noch folgendes mitgeteilt: Bisher sind elf junge Leute im Alter von 18 bis 22 Jahren verhaftet. Ihr Vorgesetzter ist der 28jährige Emil Werner, ein junger Mensch, der im Jahre 1921 hiesig in den Kämpfen in Mitteldeutschland beteiligt und dann nach Ausland floh. Dort trat er in die Rote Armee ein, bekam ein Kommando in Oeffsa und lernte in Moskau Sprengungen vornehmen. Als er an Typhus erkrankte, kehrte er nach Deutschland zurück und widmete sich der Jugendorganisation im anarchischen Sinne. Er gibt an, die Sprengstoffaffäre hätten nur dazu dienen sollen, die politische Erregung in Halle auszuheben zu freigen, um so dem politischen Ziel der Anarchisten, dem Chaos, näher zu kommen. Man habe auch Sprengstoffaffäre gegen das Gebäude des halleschen Polizeipräsidiums und gegen die Kaserne geplant. Die Bande besch in Halle drei Sprengstofflager. Das dritte Sprengstofflager, das 1 1/2 Zentner Dynamit enthielt, war so gelagert, daß beim Öffnen die Explosion erfolgen mußte. Ein Feuerwecker, der von der Polizei beauftragt war, konnte den Zünder verflüchtigen, so daß ein Unfall verhindert wurde.

Aus Stadt und Umgebung

Die neuen Postgebühren.

Einführung des 25-Gr.-Briefes wird erzwungen. Reichsrat und Reichstagsauschuss für Postangelegenheiten beschäftigten sich mit den neuen Gebührenerhöhungen bei den Netzpost- und Telegraphenverwaltung, die am 15. Januar in Kraft treten sollen. Im allgemeinen wurde von der Reichspostverwaltung eine Verdoppelung der vom 15. Dezember 1922 an gültigen Gebühren verlangt. Die von der Reichspostverwaltung vorgeschlagenen Postveränderungen, deren Hauptziele folgen, wurden nach längerer Aussprache sowohl vom Reichsrat wie von Ausschuss genehmigt. Angenommen wurde außerdem eine Entschärfung, wonach die Reichspostverwaltung der Frage überhört werden, ob die untere Gewichtsklasse für Briefe bis zu 25 Gramm anstatt nur bis 20 Gramm ausgedehnt werden kann. Die Post für die Postkarte beträgt vom 1. 23. ab; im Ortsverkehr 10 M., im Fernverkehr 25 M.; für den Brief: im Ortsverkehr bis 20 g 20 M., über 20 bis 100 g 30 M., über 100 bis 250 g 50 M., im Fernverkehr bis 20 g 20 M., über 20 bis 100 g 30 M., über 100 bis 250 g 50 M.

Die Drucke folien bis 25 Gr. 10 M., über 25 bis 50 Gr. 20 M., über 50 bis 100 Gr. 30 M., über 100 bis 250 Gr. 50 M., über 250 bis 500 Gr. 70 M., über 500 bis 1 Kg. 90 M., über 1 Kg. bis 2 Kg. 180 M.

Die Gebühr für das neueinjährige 3-Kg.-Palet beträgt in der Raabzone 200 M., in der Fernzone 400 M., über 3 bis 6 Kg. in der Raabzone 200 M., in der Fernzone 500 M., über 6 bis 10 Kg. in der Raabzone 350 M., in der Fernzone 700 M., über 10 bis 15 Kg. in der Raabzone 400 M., in der Fernzone 800 M., über 15 bis 20 Kg. in der Raabzone 450 M., in der Fernzone 900 M., über 20 bis 30 Kg. in der Raabzone 500 M., in der Fernzone 1000 M., über 30 bis 40 Kg. in der Raabzone 550 M., in der Fernzone 1100 M., über 40 bis 50 Kg. in der Raabzone 600 M., in der Fernzone 1200 M., über 50 bis 60 Kg. in der Raabzone 650 M., in der Fernzone 1300 M., über 60 bis 70 Kg. in der Raabzone 700 M., in der Fernzone 1400 M., über 70 bis 80 Kg. in der Raabzone 750 M., in der Fernzone 1500 M. usw.

Die Not der Presse.

Der Wirtschaftsverband Sachsen-Anhalt ruft auf zur Unterstützung der Presse. Er weist auf die hohe Bedeutung der Presse für die Allgemeinheit hin und fordert auf durch Aufrechterhaltung des Bezuges und durch Zuwendung von Druck- und Anzeigenaufträgen die Zeitung zu unterstützen.

Der Verein für Heimatkunde

beabsichtigt am 24. Januar 1923 einen „bunten Abend“ zu veranstalten, dessen Ertrag hiesigen hilfsbedürftigen Mitbürgern zu gute kommen soll. Instrumental- und Gesangsbeiträge, Regitationen sowie Theater, von hiesigen Künstlern gegeben, werden den Abend zu einer abwechslungsreichen Gestaltung, wobei dessen Besuch schon empfohlen werden kann. Näheres wird noch bekannt gegeben. Karten sind zu haben in der Buchhandlung von Pösch.

Die erste Feuerwehrtung mit dem neuen Motorpumpen

findet am Sonntag, dem 14. Januar vormittag 11 Uhr auf dem Marktplatz am Rathaus statt. Unsere Bürgererschaft wird sich gewiß gern beteiligen, daß wir durch die neue Motorpumpen eine wertvolle Bereicherung der städtischen Feuerwehrtung erhalten haben.

Grün wird blau.

Die Lage der grünen Politik dürfte gestärkt sein; die internationale Kommission hat Wunsch an dem grünen Nord des Schumanns genommen, der nach ihrer Ansicht allseitig auf den verlassenen folgen kann. Im Schritt wird sich die neue Uniform wenig von der heutigen unterscheiden, das Grundmotiv soll blau rotiert sein, der Stragen an seinem Aufzug einen Spiegel von hellblauem Tuch erhalten. Auf dem die Dienbefehle angebracht werden sollen. Die Schalterleuchte sollen wegfallen. Der Mantel soll ebenfalls blau und zweifarbig sein, der Stragen aus etwas hellerem Stoff. Zum Mantel tritt ein imprägnierter Umhang, Blau, Besatz hellblau, Holz schwarz; die Stiefel- und Gamaschenfarbe ist noch nicht gefast.

Größterwagen für den Kaisererker der Eisenbahn.

Dem Vorstöße der Vereinigten Staaten gefolgt, werden auf der deutschen Reichsbahn in nächster Zeit Großwagen wegen für den Nachverkehr mit 50 Tonnen Ladungswertigkeit, die mit Selbstentladungsvorrichtung, selbstentzündung, wie auch verflüssigte mit Wasserstoffpumpen versehen sind. Die Verwendung dieser großen Güterwagen wird wegen des höheren Wadens eine Nachprüfung und etwaige Veränderung des Schienenbereichs und der Weichen im Gefolge haben. Die Vergrößerung des den zur Erhöhung des Wirtschaftlichkeits des Eisenbahnverkehrs wesentlich beitragen.

Reichsanwalts- und Notariatsangestellte.

In den Kreisen der Reichsanwalts- und Notariatsangestellten wird lebhaft der Überlegung ihres Berufsverbandes befaßt, der nach 26-jährigem Bestehen durch die Ziellosigkeit seiner Führer in einer sozialistischen Gewerkschaft untergegangen ist. Diese Angestelltengruppe ist nicht sozialistisch gestimmt und will sich deshalb auch nicht in jenen Verband anschließen lassen. Eine solche Entscheidung geht daher zu der nationalen Gewerkschaftsgruppe, dem Gesamtverband deutscher Angestelltenvereinigungen, mit dem die Angestellten sozialistisch schon zusammen gearbeitet haben und der ihnen auch gegen seiner scharfen Betonung des Berufsgeheimnisses steht.

Die Angestelltenvereinigungen hat der Gesamtverband der deutschen Angestelltenvereinigungen keine Geschäftsstelle Sand 1 und ist telefonisch unter Nr. 146 zu erreichen.

Er gibt ein Nachrichtenblatt heraus, das interessantes Streiflichter auf die jüngsten Verhandlungen in Leipzig bringt, die zum Untergang des Berufsverbandes führten.

Evangelische Reichsvereinigungen.

Der Reichsverband evangelischer Eltern- und Volksbünde (Reichsverband) veranstaltet vom 14. bis 21. Januar eine Erziehungswode, die der Vertiefung des evangelischen Erziehungsgedankens in der Elternschaft, der Vererbung für das evangelische Schulwesen und der Klärung der Verhältnisse für endliche reichsweite Regelung der immer unerträglicher werdenden Schulverhältnisse dienen soll. Erziehungswodesdienste in allen Kirchen, öffentliche Versammlungen und Vorträge sind zu diesem Zwecke in Aussicht genommen.

Zimmer wieder „rote Schule“.

Mit Widerstreben müssen wir Platz nehmen von sich selber absetzenden immer häufiger wiederholenden Ausschreitungen, die sich halbesche Polizeigewaltigkeit, letztlich auch unter Mitwirkung des hiesigen Regierungspräsidenten, erlaubt haben durch Veranlassung von nächtlichen Überfällen und Behinderung der zuständigen Polizeibehörden an der Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflicht. Betrunkene Geschädigten aus Mitleid der Öffentlichkeit zu ziehen, betrachten die im allgemeinen nicht als die ethische Maßgabe der Presse. Aber hier handelt es sich um eine so große Abhängigkeit der Staatsbürgerlichen und Beamtenpflichten, um eine so schwere Verletzung der Staatsautorität durch ihre besessenen Träger, sowie außerdem auch um Beeinträchtigung der Amtseigenschaft, daß wir die Forderung an die vorgelegte Behörde richten müssen, hier unversöhnlich durch schärfste Ausnutzung völlig ungeeigneter, direkt fahrlässiger Elemente Ordnung zu schaffen. Und wenn die Landesbehörde verlegen sollte, wo wäre es Pflicht der Reichsregierung, hier einzuschreiten, um die Staatsoberhoheit zu wahren. Die Verhältnisse müssen, hier unversöhnlich durch schärfste Ausnutzung der Staatsbedrohung von oben, so daß es kein Wunder ist, wenn die Bedrohung durch subversive Elemente hier in Mitteldeutschland immer bedenklichere Formen annimmt.

Verammlungen und Verammlungen.

Der Kreis- und Grundbesitzerverein hält am Mittwoch im Zwölft seine ordentliche Generalversammlung ab. Die Tagesordnung enthält folgende Punkte: 1. Bericht über den Verlauf der letzten Sitzung. 2. Bericht über den Verlauf der letzten Sitzung. 3. Bericht über den Verlauf der letzten Sitzung.

Bekanntmachung.

Betr.: Neubewertung der Natural- und Sachbezüge für den Steuerabzug und Neubewertung der Deputate der Landarbeiter.

Gemäß § 2 Abs. 1 der Durchführungsvorschriften zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn ist vom Landesfinanzamt Magdeburg der Wert der Natural- und Sachbezüge sowie der Deputate der Landarbeiter für die Bemessung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn hiermit nach vorliegenden Berechnungen mit den Berufsvertretungen für den Bezirk des Landesfinanzamts Magdeburg einseitig

vom 1. Januar 1923 ab rückwirkend

bis auf weiteres folgendermaßen festgelegt:

I. Wert der freien Stallung, Bekleidung einstell. freie Wohnung nebst Heizung und Beleuchtung:

II. Bei teilweiser Genöhrung der unter I bezeichneten Bezüge ist zu rechnen:

Gruppe	a) für Beförderung				b) für Wohnung				c) für Heizung und Beleuchtung							
	Tag	Woche	Monat	Jahr	Tag	Woche	Monat	Jahr	Tag	Woche	Monat	Jahr				
I. Angehörige in leitender und gehobener Stellung, z. B. Inspektoren, Geschäftsführer, Betriebsbeamte, Werkmeister, Büroangestellte, die nicht mit niederen oder mechanischen Dienstleistungen beschäftigt werden, Affilierten in Apotheken und Apotheker, Praktikanten, Lehrer und Erzieher, Rinnen- und Erziehermittler, Hausdamen und Gesellschaftsdamen, Stützen und Haushälterinnen, letzten drei mit Aufstiegsbezug über Untergruppe:	500	3500	15000	180000	460	3320	13900	165600	10	70	300	3600	30	210	900	10800
II. Männliche Diensthöten, männliche und weibliche Gewerbeschülren, Gesellen und Arbeiter:	400	2800	12000	144000	380	2660	11400	136800	4	28	120	1440	16	112	480	5760
III. Weibliche Diensthöten u. Hausangestellte, Krankenschwestern, männliche und weibliche Lehrlinge aller Art soweit sie nicht unter I und II fallen, Waisfrauen, Aufwärtinnen und Näherinnen:	300	2100	9000	108000	290	2030	8700	104400	2	14	60	720	8	56	240	2880

Anmerkung: Bei teilweiser Beförderung ist zu rechnen bei Gruppe III für den Tag: für Frühstück 30 M., für Frühstück 30 M., für Mittag 120 M., für Abendbrot 30 M., für Abendbrot 80 M. Der Wert der sonstigen Sachbezüge wird von Fall zu Fall festgelegt.

Die Bewertung der den Vergangenen gewährten freien Werkwohnungen hat nach den örtlichen Preisen zu erfolgen. Die den Vergangenen zur Verfügung gestellte freie Wohnung ist nur dann mit dem Betrage des entsprechenden Wohnungsgeldbeitrags anzunehmen, wenn dieser sich mit dem Mietwert der freien Wohnung deckt. Wenn dagegen der Mietwert der freien Wohnung höher ist als der einbezogene Wohnungsgeldbeitrag, ist der örtliche Mietwert anzusetzen.

Der Wert der Deputate ist vom 1. Januar 1923 ab für die Bemessung des Steuerabzuges nicht mehr der Großhandelspreis, sondern der Großhandelspreis abzüglich 25% zu Grunde zu legen.

Als Großhandelspreis gelten hierbei diejenigen Preise, welche jeweils von der Aktiengesellschaft Reichsstoffenverband in Berlin als Brennholzverkaufspreise einstell. Kohlen- und Umjagsteuer im Deutschen Reichsanzeiger bekannt gegeben werden.

Deputate der Landarbeiter für den Steuerabzug. Gültig vom 1. Januar 1923 ab.

a. Wohnung	500,—	f. 1 Pferdepaarspannfünde	500,—
b. Deputatland je Morgen	20 000,—	g. 1 Ochsenpaarspannfünde	400,—
c. Getreide je Zentner	10 000,—	h. Wolkmilch je Liter	100,—
d. Hülsenfrüchte je Zentner	20 000,—	i. Wagemilch je Liter	50,—
e. Kartoffeln je Zentner	450,—	k. Schweine je Zentner Lebendgewicht	40 000,—

Magdeburg, den 3. Januar 1923.

Der Präsident des Landesfinanzamts.

Schwarz.

Invalidenversicherung.

Die Versicherungsämter für die Stadt und den Landkreis Merseburg haben beschlossen, daß in ihrem Bezirk die vom Landesfinanzamt in Magdeburg jeweils für den Steuerabzug festgesetzten Sätze des Werts der Natural- und Sachbezüge auch für die Sozialversicherung Geltung haben.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab hat nun das Landesfinanzamt Magdeburg den Wert der freien Stallung (Bekleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung) für

a) männliche Diensthöten, männliche und weibliche Gewerbeschülren, Gesellen und Arbeiter auf jährlich 141000 M.,

b) weibliche Diensthöten und Hausangestellte, männliche und weibliche Lehrlinge aller Art auf jährlich 10800 M.

festgelegt.

Bis auf Weiteres sind mithin diese Wertsätze in der Stadt und im Landkreis Merseburg für die Berechnung der Beitragsätze in der Invalidenversicherung maßgebend, jedoch beispielsweise die vorstehend unter a) aufgeführten Personen, deren Verloren neben freiem Unterhalt bis zu 8000 M. monatlich beträgt, in der 8. Lohnklasse (14400) bis 21600 M. Jahresarbeitsverdienst) mit einem Wochenbeitrag von 110 M.,

die unter b) Begleiteten, deren Verloren 3000 M. monatlich nicht übersteigt, in der 7. Lohnklasse (10800) bis 14400 M. Jahresarbeitsverdienst) mit einem Wochenbeitrag von 85 M.

zu rechnen sind.

Für unabhängig Beschäftigte gilt als Jahresarbeitsverdienst nach wie vor das Bruttoverdienst des vom Doroersicherungsamt Merseburg festgesetzten Ortslohns. Zur Zeit beträgt dieser für

Alter	männliche Verloren	weibliche Verloren
über 21 Jahre	240 M.	180 M.
von 16—21 Jahren	190 M.	130 M.
von 14—16 Jahren	130 M.	100 M.

Siemens sind künftig für Waisfrauen, Näherinnen und deren, gleichwohl mit dem Alter, die einem Jahresarbeitsverdienst von 28800 bis 50400 M. entsprechenden Beitragsmarken der 4. Lohnklasse (40 M. wöchentlich) zu verwenden.

Kontrollstelle Merseburg der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt.

Flügel Pianinos } gebraucht

kauft und erbitet Angebote möglichst unter Angabe des Fabrikats und Alters des Instruments. (Tafelklaviere werden nicht gekauft.)

C. A. Klemm, Leipzig, Neumarkt 26, Fernr. 22 096.

Mittleres Grundstück in Merseburg

am liebsten mit freiverwendender Wohnung

sofort zu kaufen gesucht.

Bermittler werden. Offerten unter N. N. 101 an die Expedition des Blattes.

Bekanntmachung.

Tagesordnung

für die am Freitag, den 12. Januar 1923, abends 7 Uhr in Lenas-Werk, Raum M 617 (Sitzungsraum) stattfindende Sitzung des Zweckverbandes ausführendes Komitee.

1. Entscheidung der Oberpostdirektion wegen eines beschlagnahmten Sacks.
2. Spritzenhaus Rosen; Pfisterung der Toreinfahrt und Anlage einer Zapfstelle für Wagenreinigung.
3. Ankauf von Geräten für Reinigung des Seifenwassers.
4. Festlegung der Grundstücksparzellierung.
5. Feuerwerk von Seiten der Müllabfuhr.
6. Regelung des Arbeitsnachweises.
7. Straßenunterhaltung.
8. Baubarbeiten.
9. Abschichtung des Christbaumverkaufs.
10. Anschaffung einer großen Dampfkessel für den Zweckverbandshof.
11. Bericht über den Stand des Verwaltungsgebäudes (Kaufkauf).
12. Erhöhung der Gebühren beim Ergänzung nachstehender Bestimmungen:
 - a) Beschäftigungsordnung für den Zweckverband.
 - b) Urlaubsordnung betr. die Benutzung der öffentlichen Wasserleitung des Zweckverbandes.
 - c) Beschäftigungsordnung für die Benutzung des Seifenwassers und für Jaanpruchtungen von Seidenträgern.
13. Ordnung betr. Erhebung von Verwaltungsgebühren beim Zweckverband.
14. Personalangelegenheiten.
15. Anträge und Wünsche.

Lenas-Werk, den 8. Januar 1923.
Der Vorsitzende des Zweckverbandes Lenas.
Cornel.

Vom Mittwoch, den 10. d. Mts. ab, steht wieder eine große Anzahl

allerbesten bayr. Zugmaschinen

bei mir zum Verkauf.

Simon Sacki, Halle a. S., Delitzscherstr. 20

Telephon 3789.

Regulator

gut erhalten zu verkaufen. Angebote unter „Regulator“ an die Geschäftsst. dies. Bl.

Die Not der Presse

hat den Wirtschaftsverband Sachsen-Anhalt, in dem sich Handels-, Landwirtschafts-, Handwerkskammern und Verbände des Bergbaus, der Industrie, des Handels, des Verkehrs, der Landwirtschaft, des Handwerks und des Baugewerbes zusammengeschlossen haben, bereits zu dringenden Eingaben an die zuständigen Reichs- und Landesstellen veranlaßt. Wir bitten jedoch angesichts der hohen Bedeutung der Presse für die Allgemeinheit auch jeden einzelnen selbst nach Kräften zur Erhaltung der Presse beizutragen. Dies muß nicht nur geliehen durch

Aufrechterhaltung des Bezuges, sondern auch durch

Zumendung von Drucks- und Anzeigen-Aufträgen.

Wirtschaftsverband Sachsen-Anhalt.
Generaldirektor Dr. L. Hoffmann,
Vorsitzender.

Dr. W. Hoffmann,
Verwaltungsführendes Vorstandsmitglied.

Zum Ausbau eines Geschäftstraumes

in bester Lage wird kapitalkräftiger Interessent gesucht. Lagerfläche ev. vorhanden. Anfragen unter „Kontor“ an die Geschäftsstelle erbeten.

Betriebs- 7000 mm Eisenbetonlokomotiven
fabrik
mit 2000 mm Eisenbeton
Preisangebote unter J. S. 14418 befördert
Rudolf Hoff, Berlin SW. 19.

Der ab 15. Dezember gültige Posttarif

ist übersichtlich auf Karton in unserer Geschäftsstelle zum Pr. -ise von

Mk. 20 erhältlich

Merseburger Tageblatt (Kreisblatt.)

Sportverein von 1899 Merseburg (E. V.)
Morgen, Mittwoch, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinsheim
Generalversammlung
Tagesordnung: 1. a. Neuwahlen, Bericht. Zahlreiches Erscheinen erforderlich. Der Vorstand.

D. H. V. Morgen Versammlung Reichskantler

Familien-Nachrichten
Geboren. Verda, Ludwig, Tochter d. Alfred Ludw. u. Fran. Weihenfels.

Verlobt. Maria Schneider m. Max Sieps, Schmeibis; Maria Franke m. Rud. Schneider, Schmeibis.

Gestorben. Franz Witzling, 37 J., Tollwitz; Berta Biermann, Gröllwitz; Bihelmine Gottin, 71 Jahr, Eilen; Manfred Schindler, Eilen; Wilhelmine Hoffmann, Weihenfels.

Lehrer-Schülerverein
Treffpunkt: abends 8 Uhr; Sonntags nachmittags 5 und abends 8 Uhr; Das große Fest-Programm. Qualitative erstklassige Kantinell-Küche. Jeden Freitag Tag Programmabend.

Haus- u. Grundbesitzer-Verein e. V. Stadt u. Kreis Merseburg.

Mittwoch, den 10. Januar 1923, pünktlich abends 8 Uhr, im „Zivoli“ ordentliche General-Versammlung.

Wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.

Verein für Heimatkunde.

Bunter Abend zum Besten unserer notleidenden alten Mitbürger

den 24. Januar, abends 7 1/2 Uhr. Karten zu 100 und 80 Mk. in der Buchhandlung Pouch.

Achtung! Nie dagewesene Preise! Nur Mittwoch, den 10. Januar, 9-4 in Merseburg, Hotel Goldene Sonne am Markt.

Kaufe alte Zahngesbisse künstl. auch zerbrochene Teile und einzelne Zahne.

Zahle pro Zahn bis 800 M. Knochenzahne die Hälfte, wenn verwendbar.

Ganze Zahngesbisse bis 22000 M. Bei Ankauf vergütete Fahrgeld!

Georg Gänsslen, Berlin.

Achtung! Achtung! Die Tatsachen beweisen es!

Höchste Tagespreise werden erzielt für

Eisen . . . per Kilo 70 Mk.
Lumpen . . . per Kilo 60 Mk.
Knochen . . . per Kilo 50 Mk.

Höchste Preise für Metalle Papier

M. Stange, Ritterstr. 22
558 Telephon 558

Ab 15. Januar Ankaufsbüro verlegt nach Bismarckstr. 11. Eigenes Grundstück

Achtung! Achtung! Suche

Salon-Flügel gegen Piano und entpr. Aufgeb.

Dr. Guer, Neu-Röhen Uferstraße 5.

Suche Chaiselongue gegen rotes Tisch-Sofa und entpr. Aufgeb. zu tauschen. Offerten erbitte unt. „Chaiselongue“ an die Exped. d. Bl.

Wahrsagen, Gehe, etc. Mänt, Jackets, Dol, etc. u. Unter, f. alle Beruf. Verland a. Wiedererwerb u. Brilo. Verlang. Eitel. Preisliste.

Beiß. Kinderbett m. Matr. u. Kell. zu verk. Reitor-Vladk 4, 11.

Beilage zu Nr. 7 des Merseburger Tageblattes

Dienstag, den 9. Januar 1923

Die Sitzung der Stadtverordneten.

Man kann nicht gerade sagen, daß die erste Sitzung unseres Stadtparlaments im neuen Jahre von überragender Bedeutung gewesen wäre. Ist man es sonst von anderen Städten gewohnt, daß bei Wahlen- und Kommunalwahlen die Ränge aller Stadtdiener ihre Befugung finden, so mußte man im Gegensatz hierzu gestern im Stadtverordnetenversammlungssaal eine ziemlich laubete Konstatieren. Punkt 6 Uhr war eigentlich noch niemand im Saal, erst 6 e. l. füllte sich ganz allmählich der Raum, ohne daß allerdings hier und dort Klagen geäußert wurden; allein der Magistratsrat war vollzählig. Die elf Punkte der Tagesordnung hätten in gut einer halben Stunde ihre Erledigung finden können; aber man hatte es gar nicht eilig. Schon bei der Vorlesung, deren Ergebnis man sich an den fünf Fingern abzählen konnte, vermochte sich keine Partei zu dem erlösenden Wort zu entschließen, die Wahl durch Affirmation vornehmen zu wollen; man schrieb eben Jettel oder auch nicht, wie es die Herren Kommunisten taten, die weißes Papier in die Hufe legten. Dann aber wurde man geistig und wählte alles andere durch Zuruf. Der Rest der Tagesordnung brachte das alte Weib von der ewigen Erhöhung irgendwelcher städtischen Einnahmen; sein Klang wird wohl auch im neuen Jahr ohne Unterbrechung fortwirken. Bei der Festsetzung des Wasserpreises hatte Herr Koenen ein und behauptete eine kleine Debatte darauf, die erst das Oberhaupt der Stadt durch einen Vermittlungsvorschlag zu schließen wußte. Und als man dann auf eine Anfrage hin über die neue Aufbauschule und bei dieser Gelegenheit auch von dem elektrischen Licht im Seminar sprach, wollte es die Fäden des Geschehens, daß dieses seinen Schein verlor und man auf kurze Zeit bei einem Vorschlagsproposium des Seminarleiters weiter lagte. Dann war es wieder hell — und wieder dunkel, gerade als die öffentliche Sitzung geschlossen war, was den wenig schmelzhaften Zuruf hervorbrachte: „Acht wenn die Bürger gehen, ist das Licht verdimmben!“

Stadtverordnetenvorsteher Junker eröffnet mit den besten Neujahrswünschen die erste Sitzung des Jahres 1923 und nimmt Berathung auf die schweren Entschörungen hinzuweisen, die wir im vergangenen Jahr ertragen mußten und die wir in noch erhöhter Maße im neuen Jahr werden ertragen müssen. Er bedauert, daß unter solchen Umständen immer noch viele Kreise unseres Volkes Ansprüche auf Eigenleben und Eigenbestimmung erheben, durch Ueberverleihen anderer diesen jeden Lebensmut nehmen. So ist es am Jahresanfang der besondere Wunsch aus dem Stadtparlament, daß diese Schichten unserer Bevölkerung den Weg zum Volk zurückfinden mögen!

Darauf tritt man in die eigentliche Tagesordnung ein. Die Wahl des Vorstehers ergibt die Wiederwahl des Stadtverordneten Junker (Dem.) und als Stellvertreter Daniel (S.S.P.). Durch Zuruf werden die Schriftführer Kirchner und als Stellvertreter Stadtd. Grimm (Dem.) wiedergewählt.

Punkt 2-4 bringt die Wiederwahl der Mitglieder der Wahlkommission, der Haushaltskommission und der Rechnungsprüfungskommission. Unter 5 wählt man Herrn Kaufmann Trommer zum Armenbezirksvorsteher, den Stadtd. Wolf (S.S.P.) in die Deputation der städtischen Werke und den Herrmann Müller zum Mitglied des Reichseinkommensteueraususses.

Die Schulsechschule für das Gymnasium ab 1. Januar 1923 auf 10000 Mark für Einheimische und 12000 Mark für auswärtige SchülerInnen sowie für die Mittelschule auf 4800 Mark bzw. 6000 Mark wird gemäß der Magistratsvorlage beschlossen. (Vertikaler Stadtd. Heilmann (Dem.).)

Die Miete in den städtischen Häusern auf dem Ackerplan wird mit Wirkung vom 1. April 1923 von 26 Mark pro Quadratmeter auf 100 Mark festgesetzt; die Veranlagung stimmt diesem Magistratsvorschlag nach kurzer Debatte zu. (Vertikaler Stadtd. Wild (Zn.).)

Nicht ganz so schnell geht es bei Punkt 9 der Tagesordnung, die eine Neuordnung der neuen Verwaltungsgebäude bringt. Stadtd. Daniel (S.S.P.) hat als Berichterstatter mancherlei Mängel und Unklarheiten zu beanstanden, die aber vom Magistratsrat schließlich gestillt und beseitigt werden. Mit einer geringfügigen Aenderung gibt man dann der Vorlage seine Zustimmung.

Das bisher im Städtischen untergebrachte städtische veterinär bakteriologische Laboratorium wird in den Räumen des städtischen Fleischbeschauamtes untergebracht, wenn die Regierung die durch die baulichen Veränderungen entstehenden Kosten übernimmt und an die Stadt eine entsprechende Miete für die Räume zahlt. Auf Antrag des Berichterstatters Kirchner (S.S.P.) wird die Vorlage debattelos genehmigt.

Ueber die anderweitige Festsetzung des Wasserpreises berichtet Stadtd. Koenen (S.S.P.) unter Punkt 11 der Tagesordnung. Dem Vorschlag auf 60 Mark je Kubikmeter (bisher 16 Mark) mit rückwirkender Kraft ab 1. Oktober stimmt man allgemein zu, der Forderung des Magistrats aber, künftig selbständig mit der Werkdeputation jenseits den Betrag festzusetzen, stellt die kommunistische Partei hartnäckigen Widerstand entgegen. Sie will diesen letzteren Punkte nur zustimmen, wenn künftig eine Festsetzung des Wasserpreises in Wasser für gewerbliche Zwecke, für Zwecke (b) und für sanitäre Zwecke gemacht wird. Mit Recht werden diesem Vorschlag technische Schwierigkeiten entgegengehalten, die jeden Vorteil dieser Festsetzung aufheben würden. Schließlich wird auf Vorschlag des Herrn Oberbürgermeisters dieser zweite Punkt der Magistratsvorlage an diesen zu weiterer Beratung mit der Werkdeputation zurückverwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft; doch gibt eine Anfrage des Stadtverordnetenvorstehers Junker über eine künftige Besprechung des Magistrats mit dem Provinzialkollegium Oberbürgermeister Herr von Seligensheim, eingehend über den Plan der Aufbauschule am heutigen Seminar zu sprechen. Der Staat hat von der Stadt Merseburg verlangt, sämtliche Kosten für die Errichtung und sogar Erhaltung der geplanten Aufbauschule zu übernehmen, also nicht nur die baulichen Veränderungen und Neu-

anschaffungen, sondern auch Heizung (b), Licht und sogar Telefon. Der Magistrat stellt sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß der Staat ebenso wie er das Recht in Anspruch nehme, daß die Industrie die Hauptlast der Reparationszahlungen leiste, auch dafür Sorge tragen müsse, daß die durch die industrielle Entwicklung in unserer Umgebung entstehende Bildungsbedürfnisse befriedigt werde. Das Ergebnis der Besprechung mit den Vertretern des Provinzialkollegium ist ein Vertragsentwurf gewesen, demnach sich die Stadt allein zur Uebergabe des Gebäudes verpflichtet, mehr aber zur Zeit nicht für die Errichtung der Aufbauschule zu tun kann. Ein einstimmiges Vertrauensvotum im Anschluß an dieses Referat des Oberbürgermeisters stützt den Magistrat für die Zukunft den Rufen zu den weiteren Verhandlungen, deren Endergebnis ja leider wahrscheinlich die Unmöglichkeit der Errichtung der Aufbauschule sein wird. Damit wird die öffentliche Sitzung um 9/9 Uhr geschlossen. Anschließend geheime Sitzung.

Politische Rundschau

Die neue Feuerungsaktion. Sonnabend nachmittag sind die Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeitergewerkschaften zusammengetreten, um sich über die Gehalts- und Lohnforderungen, die in der kommenden Woche der Regierung unterbreitet werden sollen, schlüssig zu werden. Montag wird dann im Reichsfinanzministerium zunächst über die Arbeiterseite, am Dienstag, falls die Verhandlungen ohne Zwischenfall vorantreiben gehen, über die Beamtengehälter verhandelt werden.

Die Sachstofflieferungen für Amerika. Wie die „Chicago Tribune“ mitteilt, hat die Reparationskommission beschlossen, den im Friedensvertrag für Amerika bestimmten Prozentsatz, Anteil an den deutschen Sachstofflieferungen unter Frankreich, England, Belgien und Italien aufzuheben, weil die amerikanische Regierung es unterlassen habe, ein Ergänzungsprogramm zur Uebernahme der Lieferungen namhaft zu machen. Wie das Blatt schreibt, haben die Sachstofflieferungen im vergangenen Jahr einem Wert von annähernd zehn Millionen Dollar gehabt, der sich in diesem Jahr noch erhöhen soll.

Nach der Staatsanwalt legt Revision im Harden-Prozess ein. Im Prozesse gegen die Attentäter auf Maximilian Harden, Weizsäcker und Grewel, hat nicht nur H. A. Frick (Stichtag als Rechtsbeistand des Verteidigers Maximilian Harden, sondern nunmehr auch der Oberstaatsanwalt Schneider gegen den Spruch der Geschworenen des Landgerichts 3 Revision beim Reichsgericht eingelegt. Rechtsanwalt Grunspach wird im wesentlichen seine Revision darauf stützen, daß die Geschworenen sich mit den Verteidigern während der Verhandlungen über den Ausgang des Prozesses beraten haben.

Unterverzicht des schlesischen Wohnboden. Breslau, 6. Januar. Wie die Wohnbodenbehörde amtlich mitteilt, hat der zum schlesischen Wohnboden ernannte bisherige Wohnboden von Polen, Dr. Gellischowski, auf sein ihm zugesprochenes Amt als Wohnboden der Oberschlesien verzichtet.

Der Dampfen-Verkehr.

Auf Grund des am 21. April in Paris unterzeichneten Abkommens zwischen Deutschland, Polen und Danzig über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland entscheidet über Streitfälle, die sich aus der Auslegung oder Ausführung des Abkommens ergeben, ein händiges internationales Schiedsgericht, das aus dem dänischen Generalkonsul Koch als Vorsitzenden und dem Oberregierungsrat Schmach als deutschem, dem Mitglied des polnischen Eisenbahnministeriums Motwa als polnischem und dem Oberregierungsrat Dr. Draeger als Danziger Schiedsrichter besteht.

Das Gericht tritt heute zu seiner ersten, konstituierenden Sitzung zusammen. Es handelt sich hierbei nicht um die Entscheidung eines Streitfalles, sondern um eine allgemeine Aussprache über das Abkommen und seine Auslegung, sowie um eine Vereinbarung der Geschäftsordnung und der Grundzüge, nach denen verfahren werden soll.

Turnen, Spiel und Sport

Sportverein 1922 Groß-Ranxa gegen 98 Halle (Vigariervor) 0:5.

(Eigener Bericht.)

Im Pokalspiel fanden sich am Sonntag obige Gegner gegenüber, erwartungsgemäß konnte 98 den Pokal ent-

führen. Gleich nach Anstoß ziehen die 98er vor des Gegners Heiligum und können nach 10 Minuten in Führung gehen. Ranxa kommt wiederholt gut durch, kann aber mit keinem noch so gutgemeintem Schuß das Tor finden, die Stürmerreihe war der gegnerischen Hintermannschaft nicht gewachsen und konnte trotz allem Gifer keinen Erfolg für sich buchen. 98 konnte nach der Halbzeit noch besser gefallen und fandte in kurzen Zeiträumen noch dreimal ein, sich somit Sieg und Pokal sicher stellend. Die Hintermannschaft des Sportvereins 22 war auf ihrem Posten und verhinderte eine größere Niederlage. Traber war im Anfang etwas unsicher und hätte die ersten beiden Tore verhindern müssen. Das Spiel wurde sehr fair durchgeführt und war ein Werbespiel im besten Sinne. Schiedsrichter Henning (B.f.L.-Merseburg) entschied stets sicher und einwandfrei. (Erfolgsverhältnis 5:3 für 1922).

Die Saalekreisliga am vergangenen Sonntag.

Die schon lange vom skeptischen Beobachter erwarteten Hebererhebungen in der Saalekreisliga, gab es gestern. Von den drei minuspunktgleich an der Spitze markierten Vereinen erlebte Raumburg in Halle bei Wader eine 0:1-Niederlage und Borussia konnte von Glück sagen, gegen die stark aufkommenden Sportfreunde mit einem 1:1-Unentschieden nur einen Punkt einzubüßen. Der ladende Dritte - Sportverein 98 konnte Favorit auch nur knapp 3:2

schlagen, während Preußen-Komet gegen B.f.L.-Merseburg mit 0:2 den kürzeren zog. — In der Kreisvorstandssitzung am Sonnabend wurden die Protokolle B.f.L.-Merseburg-Favorit (1:2), Borussia-Raumburg (1:2) und 98-B.f.L.-Merseburg (1:3) abgelesen; Raumburg dagegen gewann den Pokal gegen das verlorene Sportfreundeheil (1:2) und verließ dadurch trotz der gefürchten Niederlage mit 98 minuspunktgleich. Die Tabelle lautet:

Liga-Klasse	Spiele	Tore	Punkte		Tore	Pkte.		
			gewonnen	unentschieden				
Sportverein 98-Halle	14	9	5	—	42	11	23	5
Raumburg 05	12	8	3	1	26	12	19	5
Borussia-Halle	12	8	2	2	30	8	18	6
Wader-Halle	12	7	2	3	27	13	16	8
B.f.L. Halle (96)	12	4	3	5	20	16	11	13
B.f.L. Merseburg	13	6	1	6	18	17	13	13
Sportfreunde-Halle	13	4	2	7	22	35	10	16
Favorit-Halle	13	2	3	8	18	33	7	19
Preußen-Komet-Halle	13	2	2	9	8	28	6	20
Sportv. Weissenfels	12	1	1	10	10	41	3	21

Der Silberstreifen des Freigrafen Gerhard Hennecke

von H. Klein-Moffell.

(51) Nachdruck verboten.

„Nach dem Gutachten des Herrn Gerichtsarztes“, fing er geschäftsmäßig an, „ist der Leberfall auf den Direktor der Wad- und Schließgesellschaft „Argus“, wie sich aus der Veränderung im Zustand der Wunde und des ausgeflossenen Blutes ergibt, etwa zwischen drei und vier Uhr vor sich gegangen. Um diese Zeit schliefen Sie vermutlich?“

„Natürlich.“

„Können Sie um die angegebene Zeit vielleicht ein Geräusch gehört? Bitte, besinnen Sie sich recht genau. Es kommt doch vor, daß man aus irgendeinem Grunde im Schlafe aufwacht, aber wieder einschlief, ehe man der Störung völlig inne wird? Können Sie sich vielleicht eines solchen Vorgangs erinnern?“

Ihreissen schüttelte unwillig den Kopf.

„Wo befindet sich Ihr Schlafzimmer?“

Der Gefragte warf seine fette Hand nach der dunklen Schmalfseite des Bettes.

„Da hinaus.“

„Also doch noch über dem Bette?“

„Natürlich, ich wohne ja nicht im Nachbarhaus.“

Der Untersuchungsrichter hatte sich mit Geduld gemappnet.

„Der Vorgang ist vermutlich so“, sagte er, „daß Verge- lauf die Eindrehler überrascht hat, von diesen, im Begriff,

das Haus zu betreten, niedergeschlagen wurde, und daß die Täter dann flüchteten. Diese Verwüstung hier, das Anbohren des Geldschrankes und die Beseitigung des Hundes muß dem Leberfall also zeitlich vorausgegangen sein. Das kann unmöglich ohne Geräusch geschehen sein. Sie haben aber nichts gehört?“

„Ich glaube, Ihnen das schon gesagt zu haben.“

„Man sollte doch meinen, der Hund müßte einen Mordspettakel gemacht haben.“

Ihreissen stuzte plötzlich.

„Der Hund!“ sagte er. „Ja, der Hund! Das wird er auch getan haben. Oder es hat sich einer mit ihm angefreundet, ohne daß ich darum weiß. Das war sein härtester Fehler, weswegen ich ihn schon verkaufen wollte. Gehört habe ich indessen nichts. Mich könnte aber ein Kommenstschuß nicht aufwecken.“

Er war mit einem Male sehr redselig geworden, versiel aber gleich wieder in den alten Ton.

„Sie sagen, es könne sich einer mit ihm angefreundet haben“, fuhr der Richter fort. „Haben Sie vielleicht einen Verdacht?“

„Ich? Habe ich nicht schon gesagt, daß ich nichts weiß? Ich gehöre doch nicht zur Polizei. Ich bezahle meine Steuern —“

Der Richter unterbrach ihn durch eine ungeduldige Handbewegung.

„Noch eine Frage?“ wandte er sich an den Polizeikommissar.

„Wie wurden Sie denn überhaupt auf das Geschehene aufmerksam?“ fragte dieser.

Ihreissen maß ihn mit einem glitzigen Blick. Er schien zu überlegen, ob er den Leiter dieser Polizei, die überall zu

spät kam, überhaupt einer Antwort würdigen sollte. Aber dann bequeme er sich absehzudend dazu.

„Meine Frau hörte das Rufen der beiden Arbeiter und weckte mich. Gleichzeitig klopfte auch meine Tochter an die Wand.“

„Hatten sich schon Zuschauer angesammelt, als Sie herunterkamen, oder waren die beiden Verletzten noch allein bei dem Verlegten?“

„Was kümmert denn das mich, wer da alles Maulaffen feilscht?“

„Ich frage ja nur“, entgegnete der Kommissar beinahe sanft, während er Ihreissen scharf ins Auge sah. „Waren die beiden allein oder hatte sich schon ein größerer Kreis gebildet?“

„Ich sah meinen Laden erbrochen und ging da hinein“, antwortet Ihreissen. „Daher hatte ich keine Gelegenheit, die Gaffer zu zählen.“

„Sie kümmerten sich gar nicht um den Verletzten?“

„Hätte ich ihm denn helfen können? Außerdem war das doch wohl nicht meine Sache. Mir ist das Hemd näher als der Tod.“

„Dann können Sie uns gewiß auch schon sagen, ob Sie beschlagnahmt worden sind und wie hoch Sie Ihren Verlust schätzen?“

„Auf wenigstens zehntausend Mark“, erwiderte Ihreissen ohne langes Besinnen.

„Ich habe keine weitere Frage zu stellen.“

(Fortsetzung folgt.)